Vorlage für die Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Senioren und Soziales am Mittwoch, dem 24. September 2014, um 18.00 Uhr im Rathaus, Sitzungssaal 1.20

Zu 1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Hinweise auf mögliche Ausschließungsgründe liegen bisher nicht vor.

Zu 2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung 04.06.2014

Einwendungen liegen bisher nicht vor.

Zu 3. Anfragen, Vorschläge und Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft, die nicht auf der Tagesordnung stehen

Zu 4. Nutzerverhalten und Angebotserweiterung auf dem kommunalen Friedhof

Das Bestattungsangebot auf dem kommunalen Friedhof wurde zuletzt im Jahre 2010 durch die errichteten Gemeinschaftsgrabanlagen für Erdbeisetzungen und für Urnenbeisetzungen erweitert. Insbesondere die Urnengemeinschaftsgrabanlage erfährt unverändert eine große Nachfrage.

Die in **Anlage 1** beigefügte Tabelle verdeutlicht das veränderte Nutzerverhalten bei der Wahl der Bestattungsform sowie die Entwicklung der Gebühreneinnahmen.

Aus der direkten Gegenüberstellung der Auswertungen des letzten Jahres vor der Einführung der neuen Gebührensatzung (2009) und des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres (2013) lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- a. die Anzahl der traditionellen Erdbestattungen (alle Sargbestattungen) ist weiter zurückgegangen. Im direkten Vergleich 2009 zu 2013 beträgt der Rückgang 8,9 %. Aktuell beträgt das Verhältnis der Erdbeisetzungen zu den Urnenbeisetzungen 25 % zu 75 %;
- b. 2013 haben sich 25 % der Nutzer für eine Beisetzung in der Urnengemeinschaftsgrabanlage entschieden (Mitte 2010 in das Angebot aufgenommen);
- c. das starke Interesse an der Gemeinschaftsgrabanlage geht mit rund 15 % zu Lasten des anonymen Urnenfeldes, mit rund 1 % zu Lasten der Urnen-Reihengräber und zumindest rechnerisch mit rund 9 % auch zu Lasten der Erdbeisetzungen;
- d. die Gebühreneinnahmen haben sich seit Einführung der neuen Gebührensatzung (01.08.2010) um rund 55,6 % erhöht. Die Anzahl der Beisetzungen variiert von Jahr zu Jahr. Nach Anlage 1 finden im Mittel jährlich 140 Beisetzungen auf dem kommunalen Friedhof statt (diese Zahl entspricht etwa den tatsächlichen Beisetzungen der Jahre 2012 und 2013);
- e. seit Einführung der neuen Gebührensatzung ist zwar eine deutliche Steigerung der Einnahmen zu verzeichnen, die Anzahl der Beisetzungen ist jedoch nahezu unverändert geblieben.

Die Neufassungen der Friedhofs- und der Gebührensatzung haben erwartungsgemäß zu deutlich höheren Einnahmen des Friedhofes geführt. Der Betrieb des Friedhofes ist jedoch weiterhin stark defizitär und kann seit Einführung der doppelten Haushaltsplanung auch nicht annähernd kostendeckend betrieben werden (Problem: die jährlichen Einnahmen fließen nur zu 1/20 dem jeweiligen Haushaltsjahr zu, die restlichen 19/20 sind rechnerisch Einnahmen der Folgejahre). Im Ergebnisplan des Haushaltes 2014 (Unterbudget 111) stehen so Aufwendungen in Höhe von 234.900 € Erträgen in Höhe

von lediglich 24.900 € gegenüber. Eine nennenswerte Minderung des jährlichen Zuschussbedarfes kann ggf. nur über einen vertretbaren Personalabbau erfolgen. Die in den letzten Jahren annähernd gleich gebliebene Auslastung des Friedhofes wird künftig nur aufrecht zu erhalten sein, wenn die Art der angebotenen Bestattungsformen weiterhin der sich ändernden Nachfrage folgt. Als gutes Beispiel sind hier die Gemeinschaftsgrabfelder für Erd- und Feuerbestattungen zu nennen.

Zunehmendes Interesse erfahren alternative Bestattungsformen wie Bestattungen in Friedwäldern u. ä., Baumbestattungen und vor allem auch Bestattungen in sogenannten Kolumbarien (Urnenwände). Letztere sind inzwischen bereits auf vielen Friedhöfen des Umlandes geschaffen worden und werden auch in Büdelsdorf zunehmend nachgefragt. Die Erstellung eines Kolumbariums auf dem kommunalen Friedhof wäre grundsätzlich kurzfristig möglich. Geeignete Aufstellflächen für die in Fertigbauweise und variabel aufstellbar angebotenen Urnenstellwände sind vorhanden, es müsste lediglich ein Fundament gefertigt und das umliegende Areal entsprechend hergerichtet werden.

Es ist geplant, die Friedhofssatzung ab 2015 um folgende Bestattungsangebote zu erweitern:

a. Urnenbestattung in einem Kolumbarium

Für die Erstellung eines geeigneten Grabfeldes für die Aufstellung eines Kolumbariums ist mit Kosten von ca. 1.200 € je Einheit zu rechnen. Bei einem Kolumbarium mit z. B. 25 Einheiten wäre einschl. Fundament und Bepflanzung bzw. Pflasterung von ca. 35.000 € auszugehen.

b. Urnenbestattung in einer Baumgrabanlage

Die Vorbereitungen für die Angebotsaufnahme dieser Bestattungsart sind durch entsprechende Baumpflanzungen bereits abgeschlossen. Kosten würden lediglich für die Herrichtung der Bestattungsfläche um die geeigneten Bäume und ggf. für die Aufstellung eines Gemeinschaftsgrabmales o. ä. entstehen.

Die Aufnahme der genannten neuen Bestattungsformen setzt die Änderung der Friedhofssatzung und nachfolgend auch eine Änderung der Gebührensatzung voraus. Für die Angebotsaufnahme eines Kolumbariums wäre die Einstellung entsprechender Haushaltsmittel in den Finanzplan des Haushaltsentwurfes für 2015 unumgänglich.

Der Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales wird um eine grundsätzliche Entscheidung über die geplante Aufnahme der unter a und b genannten neuen Bestattungsformen in die Friedhofssatzung gebeten.

Zu 5. Sachstand über die Übertragung der ehrenamtlichen Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund an das Soziale Dienstleistungs- und Beratungszentrum (SDBZ)

Entsprechend der am 03.07.2014 erfolgten Beschlussfassung der Stadtvertretung soll die ehrenamtliche Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund nicht, wie zunächst geplant, durch einen Beirat erfolgen sondern als zusätzliche Aufgabe dem SDBZ übertragen werden. Die Verwaltung wurde gebeten, ein mit dem SDBZ abgestimmtes Konzept zu erarbeiten und dem Ausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, Menschen über eine Auftaktveranstaltung zu motivieren, bei dieser wichtigen Aufgabe ehrenamtlich mitzumachen.

Erste Abstimmungsgespräche zwischen Verwaltung und SDBZ haben noch vor der Sommerpause stattgefunden. Unter Beteiligung von Vertretern aus Verwaltung, SDBZ und Politik und Herrn Michael Treiber (Leiter AWO interkulturell, AWO Landesverband) hat am 03.09.14 ein weiteres Abstimmungsgespräch stattgefunden. Herr Treiber skizzierte die für ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich denkbaren Einsatzbereiche, mach-

te aber auch deutlich, dass die ehrenamtlich tätigen Menschen einen festen Ansprechpartner brauchen, der ihnen im Bedarfsfall auch die erforderliche Anleitung, Schulung und Begleitung anbietet und die jeweiligen Einsätze koordiniert.

Diese Einschätzung wurde von allen Teilnehmern geteilt, ebenso der Umstand, dass weder Herr Schulte noch Herr Weiß diese Aufgaben zusätzlich leisten können. Einigkeit bestand auch darin, dass eine qualifizierte und verlässliche Begleitung der ehrenamtlich im Migrationsbereich tätigen Menschen nur durch eine hauptamtlich tätige Kraft gewährleistet und aufrecht erhalten werden kann. Bürgermeister Hein machte den Vorschlag, zunächst die notwendigen Aufgabeninhalte einer solchen Fachkraft festzulegen und bis zur Entscheidung über den Haushaltsentwurf 2015 ein geeignetes Konzept zu erarbeiten, auf dessen Grundlage dann eine politische Entscheidung für oder gegen die Einrichtung einer solche Stelle und ggf. auch über die wöchentliche Arbeitszeit, zeitliche Befristung und Trägerschaft erfolgen kann. Dieser Vorschlag wurde einhellig begrüßt.

Als Termin für eine erste Konzeptabstimmung wurde zwischenzeitlich der 29.09.2014 festgelegt.

Der Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales wird um Kenntnisnahme gebeten.

Zu 6. Zuweisung und Unterbringung von Asylbewerbern

Die Zunahme der weltweiten Krisengebiete bewirkt seit etwa 3 Jahren einen erneuten Anstieg der Flüchtlingsströme nach West-Europa und damit verbunden eine stetig steigende Anzahl asylsuchender Menschen. Die Verwaltung hat zuletzt in der Sitzung am 12.03.14 über die Entwicklung der Anzahl der durch den Kreis RD-ECK zugewiesenen Asylbewerber und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Suche nach geeignetem Wohnraum für diesen Personenkreis berichtet.

Anfang des Jahres war die Zahl der in Büdelsdorf aufzunehmenden asylsuchenden Menschen auf 23 Personen festgesetzt worden. Diese konnten bis zur Sommerpause vollständig aufgenommen und untergebracht werden. Zum Teil war es möglich, für die zugewiesenen Familien Wohnraum zu finden, der von ihnen direkt angemietet werden konnte. Für den überwiegenden Teil der zugewiesenen Menschen konnte die Stadt Büdelsdorf ihre Verpflichtung zur Unterbringung jedoch nur dadurch erfüllen, dass sie auf eigenen Namen 5 Wohnungen anmietete und die zugewiesenen Menschen dort per Einweisungsverfügung unterbrachte. Die Doppelbelegung der Wohnung in der Sportallee konnte beendet werden, da ein dort eingewiesenes Paar Büdelsdorf mit unbekanntem Aufenthalt verlassen hat und das andere dort untergebrachte Paar in eine der beiden Unterkünfte in der Usedomstraße eingewiesen wurde, da sich dieses Paar überwiegend in Nordrhein-Westfalen bei Verwandten aufhält.

Ende August ist die Anzahl der 2014 voraussichtlich unterzubringenden Personen nochmals erhöht worden. Bis Jahresende muss die Stadt Büdelsdorf danach mit der Zuweisung von weiteren 15 Personen rechnen (insgesamt dann 38). Nach den bisher mit den Wohnungsgesellschaften bzw. -verwaltungen geführten Gesprächen wird davon ausgegangen, dass es durch Anmietung weiterer Wohnungen möglich sein wird, die vom Kreis für dieses Jahr angekündigte Anzahl von Zuweisungen unterzubringen. Zum 01.09. wurde die 6. Wohnung von der Stadt angemietet, die 7. Anmietung steht unmittelbar bevor. Eine 8. Wohnung wird voraussichtlich noch im Oktober angemietet werden können.

Bisher ist es möglich, neben den Mieten und verbrauchsabhängigen Nebenkosten auch einen Großteil der sonstigen Aufwendungen (z. B. Möblierung, Hausrat etc.) unter Beachtung der geltenden Höchstbeträge in die Nutzungsentschädigungen einzurechnen,

so dass der bei der Stadt verbleibende ungedeckte Sachaufwand der Unterbringung für 2014 relativ gering ausfallen dürfte.

Ab Jahresbeginn 2015 wird sich die Situation bei gleichbleibendem Zustrom von asyl-suchenden Menschen weiter verschärfen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist kaum damit zu rechnen, dass über die Asylverfahren zeitnah rechtskräftig entschieden wird und die ggf. rechtskräftig zur Ausreise verpflichteten Personen Deutschland tatsächlich kurzfristig verlassen werden. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die bis Ende 2014 zugewiesenen Personen den angemieteten Wohnraum weiterhin benötigen werden und eine Aufnahme neuer Zuweisungen nur durch Bereitstellung zusätzlichen Wohnraumes möglich sein wird. Hierbei muss leider bei Betrachtung der aktuellen weltweiten Situation davon ausgegangen werden, dass sich die Zahl der Zuweisungen weiterhin erhöhen wird. Es dürfte immer schwieriger werden, für die zugewiesenen Personen geeigneten Wohnraum anzumieten, da der hierfür infrage kommende Teil des Wohnungsmarktes recht überschaubar ist.

Für eine auch künftig gesicherte Unterbringung der zugewiesenen Personen müssen daher alternativ zur Anmietung auch andere Optionen geschaffen werden.

Eine Möglichkeit bestünde z. B. darin, geeigneten Wohnraum aufzukaufen und für die Unterbringung entsprechend herzurichten, eine andere Möglichkeit könnte in der Aufstellung von Wohncontainern bestehen. Hierfür würden jedoch erhebliche (Miet) Kosten entstehen, darüber hinaus wäre zu prüfen, ob für die Aufstellung überhaupt geeignete Flächen im städtischen Eigentum stehen.

Neben der Frage der gesicherten Unterbringung steht jedoch auch die Betreuung der zugewiesenen Personen vor immensen Herausforderungen. Die hierfür zur Zeit zur Verfügung stehenden 30 Wochenstunden werden bei weiterer anzunehmender Zunahme der Zuweisungen und unter Berücksichtigung der bereits zugewiesenen und weiterhin zu betreuenden Personen ab 2015 an absolute Grenzen stoßen.

Der Entwurf des Teilstellenplanes für 2015 wird daher alternativ zur Einrichtung einer „Migrationsfachkraft“ (s. Punkt 5) für die Stelle des Sozialarbeiters eine Aufstockung um 5 auf dann 35 Wochenstunden enthalten.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass auch in der Sozialhilfesachbearbeitung eine Aufstockung der Wochenstunden erfolgen muss, zumal auch die Zahl der Grundsicherungsfälle stetig zunimmt.

Der Ausschuss für Ordnung, Senioren und Soziales wird um Kenntnisnahme gebeten.

Zu 7. Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Seniorenwohnanlage am Park

Der Bericht über die Prüfung des Wirtschaftsjahres 2013 der Seniorenwohnanlage am Park wurde am 24.06.2014 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Jander & Partner erstellt und dem Gemeindeprüfungsamt des Kreises Rendsburg-Eckernförde vorgelegt. Mit Schreiben vom 12.08.2014 **Anlage 2** bittet das Gemeindeprüfungsamt, die Stadtvertretung und den Hauptausschuss vom Vorliegen des Prüfungsberichtes zu unterrichten. Ein Exemplar des Prüfungsberichts liegt im Bürgermeister- u. Stadtvertretungsbüro, Frau Oehlers, zur Einsicht bereit und wird den Ausschussmitgliedern auch zur Sitzung zur Einsichtnahme vorliegen.

Der Ausschuss wird um Kenntnisnahme und Weiterleitung an den Hauptausschuss/die Stadtvertretung gebeten.

Zu 8. Informationen

Zu 9. Anfragen der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der bürgerlichen Mitglieder

Büdelsdorf, den 09.09.2014

(Hein)